

## 16. Wahlperiode

### Kleine Anfrage

#### des Abgeordneten Thomas Birk (Bündnis 90/Die Grünen)

vom 17. Juli 2009 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. Juli 2009) und **Antwort**

#### **Was wurde aus der Studie zu Internetangeboten für schwule, lesbische, bisexuelle sowie transsexuelle und transgender Jugendliche?**

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Vom 1. September bis zum 31. Oktober 2008 wurde von Wissenschaftlerinnen der TU Braunschweig im Auftrag der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales eine Umfrage unter Projekten, welche Jugendlichen online Unterstützung bei Fragen rund um Coming-Out und Sexualität anbieten, durchgeführt. Liegen die Ergebnisse dieser Studie inzwischen vor? Wenn nein, wann ist mit den Ergebnissen zu rechnen?

2. Wurden bzw. werden sie in irgendeiner Weise publiziert, wenn ja, wo, wenn nein, wieso nicht?

Zu 1. und 2.: Um einen Sachstand von Umfang und Qualität der Online-Beratungsstruktur in Deutschland zu bekommen, hat die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales eine Studie in Auftrag gegeben. Mehr als 50 Anbieter haben sich an der Studie beteiligt, die Ergebnisse dieser Untersuchung liegen nun vor. Eine Veröffentlichung auf der Internetseite der Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung ([www.berlin.de/lb/ads/](http://www.berlin.de/lb/ads/)) mit dem Titel: „Online gut beraten? Online gut beraten! Studie zu Internetangeboten für schwule, lesbische und bisexuelle sowie transsexuelle und transgender Jugendliche“ steht kurz vor dem Abschluss und kann von den Benutzerinnen und Benutzern herunter geladen werden.

3. Wenn die Ergebnisse dieser Studie inzwischen vorliegen: Wie lassen sie sich skizzieren und welche Konsequenzen zieht der Senat aus den Ergebnissen dieser Studie?

Zu 3.: Für die Beratung von jungen Menschen ist das Internet ein geeignetes Medium, insbesondere, weil es aus Sicht von Beratungsanbietern ein von Jugendlichen stark frequentiertes, überregional erreichbares und für die Nutzer nahezu kostenfreies Medium ist.

Die einzelnen Ergebnisse der Studie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Beratung erfolgt hauptsächlich durch spezialisierte, selbstorganisierte Anbieter. Mit sehr geringen finanziellen und personellen Mitteln wird viel bewegt.
- Es herrschen Informationsdefizite der Anbieter bei themenfernen Online-Beratungsstellen: Nur ein Viertel der Anbieter fühlt sich zum Thema sexuelle Orientierung, nur jeder Fünfte zum Thema Geschlechtsidentität ausreichend informiert. Oft fehlt bei der Weiterverweisung an geeignete Anbieter aktives Wissen.
- Themenschwerpunkte bei Fragen der sexuellen Orientierung sind die Unterstützung beim Coming-out, mit Abstand gefolgt vom Kennenlernen anderer, Informationen über weitere Freizeitangebote wie auch Diskriminierungserfahrungen innerhalb der Familie und dem sozialem Umfeld. Die Anfragen zur Geschlechtsidentität scheinen thematisch komplexer und handeln zudem häufiger von Diskriminierungen in der Öffentlichkeit, Gewalterfahrungen und selbstverletzendem Verhalten. Mehr als die Hälfte der Anbieter berichtet von - nach eigener Einschätzung - suizidgefährdeten Hilfesuchenden.
- Es fehlen aktuelle Übersichten von Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern, ausreichende Möglichkeiten zum Austausch mit anderen Fachberaterinnen und Fachberatern sowie Gruppen und Beratungsstellen vor Ort: Eine bundes- und internetweite Übersicht über andere Anbieter ist dabei der am dringlichsten geäußerte Wunsch. Beim Thema Geschlechtsidentität kommt auch noch der Wunsch nach Fortbildungen bei der Beratung zu Transsexualität/-gender hinzu.

- Für die Weiterentwicklung des eigenen Angebots wünscht sich eine große Zahl der Anbieter einen höheren Bekanntheitsgrad, eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung wie auch eine bessere Aufklärung der Öffentlichkeit zu diesen Themen. Aufklärungsarbeit sowie Akzeptanz an Schulen werden dabei als die wirksamsten Mittel eingeschätzt.

Aus diesen Ergebnissen zieht der Berliner Senat folgende Schlüsse:

- Die Ergebnisse weisen auf die Notwendigkeit an qualitativer Weiterentwicklung bestehender Online-Beratungsmöglichkeiten hin.
- Eine bessere Vernetzung von Beratungsstellen zum fachlichen Austausch sollte von den beteiligten Akteurinnen und Akteuren ebenso sicher gestellt werden wie die eigene Qualitätssicherung der Beratung.
- Der Berliner Senat würde die Erstellung eines aktuellen Kataloges, der auf diesem Gebiet aktiven Träger, begrüßen.

Berlin, den 31. Juli 2009

In Vertretung

Dr. Petra L e u s c h n e r

---

Senatsverwaltung für Integration,  
Arbeit und Soziales

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 05. August 2009)